



AK-WAHL 2024

Die AUGE/UG treten mit einem bunten und sozial engagierten Team zur Wahl im März an. Mehr auf [Seite 3](#)



LENA SCHILLING

Die 23jährige Wienerin tritt für die Grünen als Spitzenkandidatin zur EU-Wahl an. Ein Porträt auf [Seite 5](#)



VERSCHERBELT?

Aus der früheren Landwirtschaftsschule in Weyregg soll eine private Pflegeeinrichtung entstehen. [Seite 6](#)

OÖ.PLANET

AUSGABE NR. 121
FEB. 2024 26. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH
OÖ.PLANET NR. 02/2024 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | GZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



UMWELT UND MENSCHENRECHTE SCHÜTZEN!

Jeden Tag schädigen große Unternehmen das Leben von Menschen und Umwelt auf der ganzen Welt. Die bestehenden Gesetze verhindern dies nicht und ziehen die Unternehmen nicht zur Rechenschaft. Das EU-weite Lieferkettengesetz bringt spürbare Verbesserungen für Mensch und Umwelt. Wieso wir dringend dieses Gesetz brauchen. Seite 2



Foto: Zeyn Afzalang / Unsplash

NICHTS IST IN STEIN GEMEISSELT...

... nicht der Schutz vor Gewalt und nicht sicher geglaubte Errungenschaften, nicht moderne Rollenbilder, nicht echte Wahlfreiheit.

Unser Einsatz gilt der Einkommenstransparenz, der Sichtbarkeit auf allen Ebenen, der gerechten Verteilung von Sorge-Arbeit und der Aufwertung typischer „Frauenbranchen“. 50 Jahre nach Einführung der Fristenlösung, für die unsere Mütter und Großmütter gekämpft haben, sind durch das Erstarken der Rechten, gepaart mit konservativen Gehilfen die Reproduktionsrechte von Frauen in Gefahr wie lange nicht – die Gleichstellungs-bemühungen auf vielen Ebenen in labiler Verfasstheit.

Betrachten wir die Zahl an Femiziden und Tötungsversuchen von Frauen, dann sehen wir die bittere Tatsache, dass Frauenhass wieder zunimmt. Gewalt entsteht dort, wo Machtgefälle herrschen.



Der 8. März 2024 und die Tage im Frauenmonat März sind für uns besondere Kampftage, unser Einsatz zur Beseitigung dieser Schieflagen aber ist ununterbrochen notwendig.

DAGMAR ENGL, FRAUENSPRECHERIN
DER GRÜNEN OÖ

Aber auch andere Ungerechtigkeiten, wie die immer noch schlechtere Bezahlung, die Klassifizierung nach alten Rollenbildern, das weniger Honorieren „weiblicher“ Branchen oder das permanente Unsichtbarmachen der Hälfte der Gesellschaft, auf Bildern, in der Sprache, schlichtweg dort, wo es um's Geld geht, zeigen uns die Schieflagen.

Die Belastung ist dort, wo Frauen sind, besonders hoch! Ob bei Menstruationsartikeln und deren finanziellem Aufwand, dem Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen, aber auch im immer noch Schultern des Großteils unserer Sorgearbeit.

AUGE/UG
DIE GRÜNE
STIMME
IN DER AK
AK WAHL 5.-18. MÄRZ 2024



ZUGESPIZT

MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

**AUFSTEHEN
FÜR DIE
DEMOKRATIE!**

Rechte Parteien und rechtsextreme Gruppierungen sind zur Zeit im Aufwind. Sie spielen mit nostalgischen Themen und Gefühlen, liefern aber keine umsetzbaren Lösungen. Die zahlreichen Demonstrationen gegen rechts in Deutschland und in Österreich in den letzten und nächsten Wochen könnten ein möglicher Wendepunkt für mehr bürgerschaftliches Engagement sein. Dort finden sich Menschen aus verschiedenen gesellschaftspolitischen Spektren und verschiedenen Regionen zusammen, um den eigenen Standpunkt zu stärken. Eines kommt da klar hervor, wie der Politikwissenschaftler Thomas Kliche von der Hochschule Magdeburg in einem Interview mit der Furche bemerkte: „Die Rechtsextreme sind nicht das Volk und sprechen nicht für das Volk. Der Populismus schürt Hass, entzweit und führt zu keiner Einigkeit. Es geht für die Rechtsextremen nicht immer nur bequem wie im Fahrstuhl aufwärts, weil die Medien sie hofieren und sie nie realitätsfähige Lösungen vorschlagen müssen“. Die Willensbekundung alleine „gegen rechts zu sein“ wird nicht reichen, den Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es braucht vor allem langfristige Problemlösungen auf allen Ebenen. Es braucht aber auch die Debatte über die Errungenschaften der liberalen Demokratie. Damit dieser Diskurs kein städtisches Phänomen bleibt, muss er auch in die ländlichen Regionen getragen werden. Da sind vor allem die BürgermeisterInnen und Landeshauptleute sowie die Parteien vor Ort gefordert, klar Stellung zu beziehen gegenüber autoritären Fantasien und populistischen Anwendungen. Diese Debatte muss deshalb auch in den Bierzelten und an den Stammtischen am Land geführt werden. Denn Wahlen werden nach wie vor nicht nur in den Städten entschieden, sondern in den kleinen Gemeinden und hintersten Tälern...

... **meint Marco Vanek**
Chefredakteur

**WIESO WIR EIN LIEFER-KETTENGESETZ BRAUCHEN!**

Die Modeindustrie zählt weltweit zu den größten Ausbeutern und Umweltsündern. Das kürzlich vertagte EU-weite Lieferkettengesetz hätte vor allem Großkonzerne dazu gebracht, auf Umweltstandards und Menschenrechte zu achten.

MARCO VANEK

In China zum Beispiel ist die Textilproduktion für die Verschmutzung von zahlreichen Seen und Flüssen verantwortlich, aber auch von weitreichenden Küstengebieten, macht die Umweltschutzorganisation Global 2000 aufmerksam. Mehr als zwei Drittel der lokalen Wasserreserven sind betroffen. Laut einer Studie der Weltnaturstuzunion IUCN von 2017 stammen 35 Prozent des Mikroplastiks im Meer von synthetischer Kleidung. Billige Erdölbasierte Textilien schwemmen den europäischen Markt mit überflüssiger Kleidung. ArbeiterInnen werden nicht nur für einen minimalen Lohn unter gesundheitsgefährdeten Bedingungen ausgebeutet. Diese leiden zusätzlich unter der Beeinträchtigung der lokalen Umwelt.

Textilindustrie beutet aus

Noch gut in Erinnerung ist das Unglück von Rana Plaza in Bangladesch. 1175 Menschen starben beim Einsturz einer Textilfabrik, über 2000 wurden verletzt. Mindestens 29 weltweit tätige Marken ließen in der Fabrik ihre Produkte fertigen. Rana Plaza gilt als die



schwerste Katastrophe in der Geschichte der Textilindustrie. Seitdem gab es einige Verbesserungen, die jedoch weitgehend auf Selbstverpflichtungen der Industrie basieren. Doch diese reichen nicht aus. „Die momentanen Regeln fördern geradezu Ausbeutung und Verantwortungslosigkeit, weil sich einzelne Unternehmen dadurch finanzielle Vorteile verschaf-

fen können, kritisiert Sabine Jungwirth, die Vorsitzende der Grünen Wirtschaft.

Um solche Katastrophen in Zukunft zu verhindern, braucht es Richtlinien! Ein erster Schritt in diese Richtung ist das EU-weite Lieferkettengesetz. Dieses nimmt heimische sowie europäische Unternehmen in die Pflicht und unterbindet Kinderarbeit und verhindert weitere Umweltzerstörung.

ExpertInnen für Lieferkettengesetz

Trotz ursprünglicher Skepsis sprechen sich mittlerweile immer mehr Ökonominnen und Ökonomen für eine strenge und rasche Umsetzung eines Lieferkettengesetzes aus. Sie kritisieren, dass sich die globalen Lieferketten auf sozialer und ökologischer Ebene nicht rentieren. Dadurch werden die Entwicklungschancen im globa-

len Süden immens behindert. Dies sei für die globale Wirtschaft langfristig schädlich und nicht ertragreich.

Österreich blockiert mit

Nach jahrelanger Vorbereitung wäre es Anfang Februar so weit gewesen. Ein europaweites Lieferkettengesetz stand vor der Abstimmung. Doch Deutschland weigerte sich auf Druck des kleinen Koalitionspartners FDP dem Gesetz zuzustimmen und drohte mit einer Enthaltung. Daraufhin kündigten Italien, wie auch der ÖVP-Wirtschaftsminister Martin Kocher ebenfalls ihre Enthaltung an. Dem belgischen Ratsvorsitz blieb nichts anderes über, als die Abstimmung auf unbekannte Zeit zu verschieben und weitere Verhandlungen zu führen. Ob das Gesetz noch vor den EU-Wahlen im Juni beschlossen wird, steht in den Sternen.

**STRENGERE REGELN
FÜR SCHUTZHUNDE**

Nicht nur Oberösterreich verschärft nun die Regeln für die Hundehaltung, sondern auch der Bund. Im Rahmen des Tierschutzzpaket ging vom zuständigen Tierschutzminister **Johannes Rauch** eine Novelle für Beiß- und Angriffstraining von Schutzhunden in Begut-

achtung, die auch das Ende der Qualzucht vorsieht.

Für die Haltung von Hunden und exotischen Wildtieren soll in Zukunft ein Sachkundenachweis erforderlich sein. Unter Strafe gestellt wird auch der Kauf von illegalen Welpen.

**VOLLSPALTENBÖDEN:
SIEG FÜR TIERSCHUTZ**

„Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes ist ein Sieg für den Tierschutz. Dass die Frist mit 2040 nicht hält, ist jetzt klar. Ein Ende des Vollspaltenbödens überhaupt festzulegen, war ein hart erkämpfter Erfolg. Nun freuen wir uns sehr, dass mit der Entscheidung des VfGH ein früheres Ende der Vollspaltenböden möglich wird“, begrüßt Landwirtschaftssprecherin **Olga Voglauer** das Urteil. Das fixe Aus für Vollspaltenböden war in den Verhandlungen 2022 auf

Basis der Forderungen des Tierschutzvolksbegehrens ein großer Schritt in Richtung höherer Tierwohlstandards, das damals auf große Widerstände gestoßen ist. „Wir Grünen haben uns immer für ein früheres Ablaufdatum der Vollspaltenböden stark gemacht. Die Übergangsfrist bis 2040 war ein Kompromiss. Mit der Entscheidung des VfGH rücken höhere Mindeststandards und mehr Lebensqualität für Nutztiere in greifbare Nähe“, betont Voglauer.



Foto: Bilderdbox.at



AK-WAHL 2024: BUNTE LISTE MIT SOZIALEM ANSPRUCH

Für die Arbeiterkammerwahlen 2024 kandidieren unter dem Listennamen AUGE/UG Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen.

■ MARCO VANEK

Erstmals treten 220 Grüne KandidatInnen bei der Arbeiterkammerwahl in Oberösterreich an. Die AUGE/UG ist die einzige Liste, die gleich viele Männer und Frauen zur Wahl stellt. Vier davon nahmen sich Zeit zu einem Gespräch mit dem oö.planet.

*„Wir wollen Mitbestimmung ausbauen und Arbeitnehmer*innenrechte stärken. Wir wollen mehr Demokratie in den Betrieben.“*

Martin Gstöttner, Spitzenkandidat

So bunt wie die AUGE/UG-Liste ist auch die Gesprächsrunde. **Martin Gstöttner** ist Spitzenkandidat und seit 20 Jahren Betriebsrat und Vertreter für „begünstigt behinderte ArbeitnehmerInnen“ beim Weltmarktführer für Baumaschinen Plasser & Theurer. **Brigitte Huber-Reiter** ist Logopädin und vertritt als Betriebsratsvorsitzende über 650 Beschäftigte im Klinikum Grieskirchen. **Erwin Schleindl** (gelernter Einzelhandelskaufmann) ist in Mattighofen beim Motorradhersteller KTM/AG im Projektmanagement und als Betriebsrat tätig.

Rossitza Ekova-Stoyanova ist Geschäftsführerin einer Tanzschule in Linz und hat gute Einblicke, wie es MitarbeiterInnen in kleinen Betrieben geht. So unterschiedlich auch die einzelnen Arbeitsbereiche der vier sind, sie eint die Sorge um den ständig zunehmenden Arbeitsdruck. „Wurden früher in der Industrie noch 100

Prozent Einsatz verlangt, so sind es heute 120 Prozent“, sagt Erwin Schleindl. „Selbst im Urlaub wird erwartet, dass die Mitarbeiter erreichbar sind. Kein Wunder also, wenn immer mehr Menschen ins Burnout rutschen“. Das kann Brigitte Huber-Reiter auch für den Kran-



Arbeitszeitgesetz ändern

Allen ist klar, dass sich bei der Arbeitszeit längerfristig etwas verändern muss: „Seit 43 Jahren ist das Arbeitszeitgesetz unverändert. Wir brauchen zumindest eine sechste Urlaubswoche und eine Entlastung bei der Wochenarbeitszeit“, fordert Martin Gstöttner. Klar ist auch für ihn: „Alle Branchen müssen entlastet werden, denn die Verdichtung ist überall gleich.“



„Steigende Arbeitsbelastung und mehr Arbeit erfordern mehr Erholung und Freizeit. Wir fordern daher 6 Wochen Urlaub für alle von Anfang an!“

Brigitte Huber-Reiter

kenhausbereich bestätigen: „Die Kolleginnen und Kollegen rennen den ganzen Tag, die Arbeitsabläufe werden permanent verdichtet. Selbst in den Nachschichten gibt es kaum noch Zeit zum Verschnaufen“. Hinzu kommt der Personalmangel, der die Arbeitssituation weiter verschärft. Brigitte Huber-Reiter beobachtet auch bei ihren Kolleginnen eine zunehmende Erschöpfung. Sie wundert es nicht, wenn BerufseinsteigerInnen keine 40 Stunden pro Woche mehr arbeiten wollen. Durchschnittlich arbeiten PflegerInnen im Krankenhaus nur etwas mehr als 30 Stunden in der Woche.



„Arbeiterinnen verdienen um 26,9%, weibliche Angestellte sogar um 29,9% weniger als Männer mit vergleichbaren Tätigkeiten!“

Rossitza Ekova-Stoyanova

Besonderen Handlungsbedarf sieht Gstöttner bei Menschen über 60 Jahren. Wenn wir wollen, dass Menschen bis zum Höchstalter von 65 Jahren arbeiten sollen, dann braucht es eine altersgerechte Arbeitszeitverteilung. 60jährige und ältere können

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Rossitza Ekova-Stoyanova sieht Handlungsbedarf bei der Gehaltsentwicklung. Nach wie vor verdienen Frauen bei vergleichbaren Tätigkeiten um etwa 30 Prozent weniger als Männer. Verändert sollte ihrer Meinung nach auch die Lebensgehaltskurve werden: „Jüngere sollten beim Einstieg mehr verdienen und der Anstieg der Gehälter später sollte flacher werden“.

→ Infos: auge-ooe.at

AK-WAHL 2024

Die wichtigsten Punkte, für die sich die AUGE/UG stark macht:

INFLATION AUTOMATISCH ANPASSEN

In den letzten beiden Jahrzehnten sind die Arbeitseinkommen weniger stark gestiegen als die Inflation. Damit dieser Trend nicht weiter fortgeschrieben wird, fordert Martin Gstöttner eine gesetzliche Regelung: „Eine fixe Gehaltserhöhung mindestens in Höhe der Inflationsrate plus einem Zuschlag, der jährlich verhandelt werden soll.“

GUTES LEBEN FÜR ALLE

Die vielzitierte ausgeglichene Work-Life-Balance darf kein Privileg von gutschaffenden Beschäftigten bleiben, sondern muss als Basis für ein gesundes Leben aller ArbeitnehmerInnen etabliert werden. Daher fordert die AUGE/UG die 4-Tage-Woche und obendrein eine sechste Urlaubswoche für alle.

MEHR FAIRNESS IM PFLEGEBEREICH

Gerade in den vergangenen Jahren ist besonders deutlich geworden, welche enormen Belastungen ArbeitnehmerInnen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ausgesetzt sind. Umso bedenklicher sind die Rahmenbedingungen, unter denen sie diese Arbeit ausführen müssen. Daher fordert die AUGE/UG eindringlich verbesserte Arbeitsbedingungen, höhere Einkommen und mehr Fairness für Pflegebedienstete.

GRÜNE WERTE FÜR DIE ARBEITSWELT

Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen sind untrennbar mit Mitsprache und Mitbestimmung in den Unternehmen verbunden, mit Wahrung und Stärkung der ArbeitnehmerInnen-Rechte sowie einer weiteren Optimierung der Arbeitsplatz-Qualität. Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen sind auch gleichbedeutend mit einer Absage an hemmungs- und rücksichtsloses Wachstum. Die AUGE/UG setzt sich für ein zukunftsorientiertes Wirtschaften im Sinne der Gemeinwohlökonomie ein.

KEIN ELTERN-GELD FÜR DEN SCHWIMM-UNTERRICHT!

Den Versuch, die Eltern für den Schwimmunterricht zahlen zu lassen, ortet der Grüne Bildungssprecher

Reinhard Ammer. Für (Volks-)Schulen ist ein Schwimmunterricht ohne externe Unterstützung kaum möglich. Aber seit geraumer Zeit herrscht ein Gezere zwischen Bildungsdirektion und Gemeindebund, wer die Kosten für externe SchwimmlehrerInnen trägt. Waren die Eltern bislang definitiv ausgenommen, findet sich im jüngsten Rundschreiben der Bildungsdirektion OÖ die Ergänzung, dass freiwillige Beiträge aber möglich sind. „Unter dem Deckmantel der Freiwilligkeit werden die Eltern jetzt zur Kasse gebeten“, meint Ammer. „Wollen die Eltern Schwimmunterricht für ihre Kinder, bleibt derzeit oft gar nichts anderes übrig, als die Kosten zu tragen. Damit wird der Griff ins GeldbörseL der Eltern zum Modell“, ist Ammer entsetzt.

AUSBILDUNGS-ANGEBOTE FÜR MEHR JOBCHANCEN

Beim Eintritt in den Arbeitsmarkt brauchen Menschen mit Beeinträchtigung noch mehr Unterstützung. Das heißt für die verantwortliche Politik vor allem, für entsprechende Ausbildungsangebote zu sorgen. „Daran ist noch zu arbeiten. Denn nur mit optimaler Qualifizierung haben die Betroffenen eine wirkliche Perspektive am Arbeitsmarkt und Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben“, fordert die Grüne Behindertensprecherin

Ulrike Schwarz. Fakt ist, dass der Weg zum Job für viele Menschen mit Beeinträchtigung noch immer mit großen Hürden gepflastert ist. Diese sind abzubauen. Auch aus Sicht der Betriebe sind gute Bildung und Ausbildung wichtige Voraussetzung, um mehr beeinträchtigte Arbeitskräfte einzustellen. „Es geht um eine optimale Inklusion am Arbeitsmarkt, darum die Schnittstelle zwischen Schule und Arbeitsmarkt zu verbessern. Und es muss eine gute Abstimmung zwischen den Angeboten des Landes, des AMS und des Sozialministeriums geben“, betont Schwarz.

ENERGIEWENDE AM WIRTSHAUSTISCH

Erneuerbare Energien, sauberes Heizen und E-Mobilität sind die Top-Themen am Stammtisch. Perfekte Ausgangslage für den Start der Energie-Infoabend-Tour 2024 von Klima-Landesrat Stefan Kaineder in Attnang Puchheim. Eine Reportage über den Ansturm auf die Energiewende und die brennenden Fragen unserer Zeit.

■ BENJAMIN WIMMER

An diesem eher warmen, föhnigen Frühabend im Februar sind die Straßen in Attnang Puchheim menschenleer. Auch auf dem fünfminütigen Fußmarsch vom Bahnhof zum Rathausplatz trifft man niemanden. Erst an der Adresse Rathausplatz 11 trifft man auf andere Menschen vor dem Lokal „Bros“. Im großen Gastraum brennt Licht, ein paar Tische sind besetzt, aber auch hier sieht es nach einem ruhigen Abend aus. Bis zur Veranstaltung ist aber auch noch eine Dreiviertelstunde Zeit.

Heute Abend findet hier der Infoabend Energie mit Klima-

Landesrat Stefan Kaineder und Energieberater Martin Danner statt. Es ist der Auftakt zur Infoabend-Tour 2024 und gleichzeitig die Fortsetzung der Wirtshaustour, auf der Stefan Kaineder in den letzten beiden Jahren bereits in über 30 Gasthäusern mit den Menschen vor Ort im Austausch war.

Die Vorzeichen für die heutige Veranstaltung sind klar: Die OberösterreicherInnen wollen anpacken und die Energiewende unterstützen. Im ganzen Land sieht man Photovoltaikanlagen auf den Dächern, sauberes Heizen und E-Mobilität sind derzeit Gesprächsthemen

Nummer 1 an den Wirtshaustischen im ganzen Land – die Energiewende ist sichtbar und in aller Munde.

Das macht sich auch im Lokal Bros bemerkbar, wo mittlerweile bereits mehr los ist. Rund 15 Minuten vor Veranstaltungsbeginn ist der Extraraum für die Anzahl der BesucherInnen zu klein geworden. Kurzerhand verlegt der Wirt die Veranstaltung in den großen Gastraum, wo innerhalb weniger Minuten alle Tische mit guter Sicht zur Leinwand besetzt sind. Höchste Zeit also, die brennenden Energiefragen unserer Zeit zu beantworten.

In seinem Vortrag zum Thema Saubere Energie gibt Energieberater DI Martin Danner den BesucherInnen Infos und Tipps rund um Heizen, Sanieren und die Sonnenstromerzeugung. Mit einem Blick quer durch das Publikum wird klar: Das macht etwas mit den Menschen. Erste kleine

Gespräche entstehen an den Tischen, persönliche Beispiele werden angeschnitten und kritische Rückfragen an den Vortragenden gestellt. Die Stimmung ist positiv und die Grundspannung einer angeregten Unterhaltung liegt bereits in der Luft.

Nach der Energieberatung ist vor der Diskussion über die politischen Grundlagen zu geförderten PV-Anlagen, Einspeisestopps bei Energieanbietern sowie zu elektrischer und öffentlicher Mobilität im ländlichen Bereich. Klima-Landesrat Stefan Kaineder übernimmt und beantwortet Fragen der BesucherInnen, berichtet von Initiativen und Förderungen und macht vor allem Mut. Mut, die Energiewende in Angriff zu nehmen, die Transformation selbst mitanzutreiben und vor allem Mut, daran zu glauben, dass wir gemeinsam die Energiewende schaffen.

Am Ende der Diskussionsrunde macht sich auch genau dieses Gefühl breit, dass der gemeinsame Einsatz belohnt wird. Nicht zuletzt durch das besondere Engagement des Grünen Klima-Landesrats Kaineder, der die Menschen miteinbindet, mit ihnen vor Ort am Wirtshaustisch redet und dabei wichtige Antworten liefert.

Ein paar persönliche Unterhaltungen und Gruppenfotos später machen sich die BesucherInnen und die Vortragenden auf den Heimweg. Mit einer positiven Bilanz im Gepäck: Oberösterreich ist bereit für die Klimawende und die Grünen sind bereit, dieses Thema an weiteren Wirtshaustischen zu diskutieren!



Foto: Benjamin Wimmer



Bernhard Schön mit Stefan Kaineder (Bildmitte) und AktivistInnen der Initiative Pro Natur Steyrtal bei der Bohrbaustelle Jaidhaus in Molln.

GASBOHRUNTERNEHMEN SCHÜCHTERT AKTIVISTEN EIN

Nach einem Lokalaugschein von Stefan Kaineder bei der Bohrstelle am Rande des Nationalparks drohte die Bohrfirma einem Aktivisten mit gerichtlichen Schritten.

Umweltlandesrat Stefan Kaineder machte sich gemeinsam mit AnrainernInnen und der Bürgerinitiative Pro Natur Steyrtal im Rahmen eines Lokalaugenscheines selbst ein Bild von der Bohrbaustelle im Jaidhau-stal in Molln. In einem Teil unbedrührter Natur und Heimat in unmittelbarer Nähe zum Nationalpark

Kalkalpen wird noch in den nächsten Wochen nach Gas gebohrt.

Kurz nach dem Lokalaugschein erhielt Bernhard Schön, einer der Aktivisten der Bürgerinitiative, einen Brief einer Linzer Anwaltskanzlei. Darin droht ihm der australische Bohrkonzern ADX mit einer Besitzstörungsklage, wenn er nicht eine Unterlassungserklärung unterzeichnet. Die Reaktionen vonseiten der NaturschützerInnen fielen heftig aus. Auch Umwelt- und Klima-Landesrat Kaineder zeigt sich schockiert „Wir kennen diese Methoden zum Beispiel aus den USA, mit der Umwelt-Organisationen mundtot gemacht werden

sollen. Statt den Dialog zu suchen, wird hier mit den härtest möglichen Bandagen versucht, eine für Natur- und Umweltinteressen engagierte Initiative zum Schweigen zu bringen“. Bernhard Schön ließ über seinen Anwalt ausrichten, dass er die Unterlassungserklärung nicht unterschreiben wird. „Ich habe das Betriebsgelände nicht betreten, sondern bin nur auf der öffentlichen Straße gegangen“. ADX dürfte selbst überrascht gewesen sein über die heftigen Reaktionen und die Hartnäckigkeit der Bohrgegne-rlinen. In einem Antwortschreiben sieht der australische Konzern von weiteren Klagesschritten gegenüber Bernhard Schön ab.



JUGEND AN DIE Macht

Foto: Die Grünen Oberösterreich

Von der Klimaaktivistin ins EU-Parlament: Lena Schilling wagt den großen Sprung. Sie tritt als Spitzenkandidatin der Grünen bei der Europawahl am 9. Juni an.

■ IRENE MAYER-KILANI

Die 23-jährige Wienerin ist die einzige weibliche Kandidatin. Die anderen Vertreter der vier Parlamentsparteien sind Männer zwischen Mitte 50 und 60 plus. Die formale Entscheidung über die KandidatInnen-Liste fällt der Bundeskongress in Graz, der erst nach Drucklegung dieser Ausgabe stattfinden wird.

„Ich bin keine altgediente Berufspolitikerin, ich bin ein junger, politischer Mensch aus der Klimabewegung. Und ich weiß, in welcher Zukunft ich gerne leben möchte“, erklärte Schilling. Darum trete sie an – für das Klima und gegen den Rechtsruck in Europa.

Schilling studiert Politikwissenschaften und arbeitet als Tanzlehrerin. Schilling ist eines der bekanntesten Gesichter

der heimischen Klimabewegung. Die „Lobau Bleibt“-Bewegung und die Besetzung der Stadtstraße machte sie landesweit bekannt. Den

Jugendrat, der seine Wurzeln in der „Fridays for Future“-Bewegung hat, bezeichnet sie als Mitbegründerin als eine „goscherte Truppe“. Gemein-

sam kämpfen sie für „eine gerechte und soziale Welt, die nicht in einem kapitalistischen System erreicht werden kann. „Daher brauchen wir einen Systemwechsel“, ist Schilling überzeugt.

In Brüssel will sie der Umwelt- und Klimabewegung eine starke Stimme geben. „Die Rettung unseres Planeten ist die wichtigste Aufgabe unserer Zeit. Jetzt habe ich die Chance, dorthin zu gehen, wo die Entscheidungen getroffen werden“, freut sich Schilling.

Foto: Perneger / Die Grünen

ZUR PERSON

Lena Schilling wurde 2001 im zwölften Wiener Gemeindebezirk Meidling geboren, wo sie auch heute noch mit ihren zwei Katzen zuhause ist. Seit Juni 2023 schreibt sie wöchentlich eine Kolumne in der Kronen Zeitung. Schwerpunkte ihrer Beiträge sind Klimagerechtigkeit, Feminismus und Migration. Ihr Buch „Radikale Wende“ (Amalthea Verlag) erzählt die Geschichte der Selbstermächtigung der Jugend, in der tausende junge Menschen politisch aktiv werden und sich für eine

klimagerechte Welt einsetzen. Schilling beleuchtet darin auch, warum ein grundlegender Umbau der politischen und wirtschaftlichen Systeme notwendig ist. „Wenn die Verantwortlichen es seit zwanzig Jahren versäumen, Veränderungen einzuleiten, während die Klimakrise voranschreitet, braucht es radikale Antworten auf Probleme, die wir als Gesellschaft an der Wurzel packen müssen“, fordert Schilling. Mit dem wichtigen Nachsatz: „Weil wir eine Welt zu gewinnen haben“.

KLIMA- UND ENERGIEFONDS: FÖRDERUNG AUFGESTOCKT

Der Klima- und Energiefonds erhält für das kommende Förderjahr rund 657 Millionen Euro für insgesamt 21 Programme.

Gefördert werden die Bereiche Energie, Mobilität, Industrie, Gemeinden, Regionen und Klimawandelanpassung sowie Bewusstseinsbildung und Finanzierung. Die Mittel stammen aus dem Energie- und Klimaschutzministerium (BMK) sowie aus europäischen Fördertöpfen. Ein Schwerpunkt des Fonds liegt nach eigenen Angaben auf „der breiten Anwendung“ innovativer

Klimatechnologien, die in Österreich entwickelt wurden.

Neben den Programmen „Mission Klimaneutrale Stadt“, „Klima- und Energiemodellregionen“ und „Klimawandel-Anpassungsmodellregionen (KLAR!)“, die 2024 fortgesetzt werden, richtet sich vor allem das neue, mit 45 Mio. Euro dotierte Programm „Leuchttürme der Wärmewende“ an Gemeinden und Regionen. „Gerade bei der Wärmeversorgung gilt es im Sinne einer unabhängigen und klimafreundlichen Zukunft, rasch aus Öl und Gas auszusteigen“, betonte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler bei der

Jahresprogramm-Präsentation 2024 des Klimafonds in Wien.

Knapp 250 Millionen Euro sind für Projekte im Bereich „Energiewende vorantreiben“ vorgesehen. Darunter fallen die Förderprogramme „Photovoltaik“ (100 Millionen Euro) und „Energiespeicher“ (85 Millionen Euro), die Investitionen in große Strom- und Wärmespeicheranlagen fördern. Auch die mit 19,5 Millionen Euro dotierte Ausschreibung „Energieforschung“ gehört dazu. Auch für die Industrie ergeben sich laut Klimafonds-Geschäftsführer Bernd Vogl „enorme Chancen“. Die Nachfrage nach erneuerba-

rer Energie werde in der heimischen Industrie in den nächsten Jahren steigen. Neben einer klimaneutralen Produktion gehe es vor allem darum, die Versorgungssicherheit zu erhöhen, sagte Vogl.

Neu sind die beiden Initiativen „Leuchttürme der Wärmewende“ und „Betriebliche Niedertemperaturwärme“. Dabei wird beim Umstieg auf erneuerbare Wärme als Ersatz von fossilen Energieträgern auf heimische Technologien gesetzt. Mit „Rail4Climate“ unterstützt der Fonds zudem die heimische Bahnindustrie dabei, ihre Produktivität zu steigern.



WAS KOSTET ES, WENN DIE EU ZERFÄLLT

Die EU gilt als Wohlstandsgarant, insbesondere für Österreich als Exportnation. Nun haben Ökonomen vom Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut ifo ausge- rechnet, was ein Untergang der Europäischen Union bedeuten würde.

Österreich droht ein Minus beim Bruttonationalprodukt von 7,8 Prozent, den Niederlanden von 7,7 Prozent, Belgien von 10,2 Prozent. Die ganz kleinen Volkswirtschaften wie Malta (19,4), Luxemburg (18,1) und Estland (11,8 Prozent) würden noch mehr Wohlstandseinbußen erleiden. Die größeren würden glimpflicher davon kommen: Deutschland (5,7), Frankreich und Italien (jeweils 4,1 Prozent).

„Berücksichtigt man zusätzlich die Transferzahlungen unter den EU-Staaten, würden sich die Wohlstandsverluste bei Transferempfängern wie Ungarn, Litauen und Bulgarien nahezu verdoppeln“, sagte Ifo-Forscherin Jasmin Gröschl.



GRÜNE EU- KANDIDATIN AUS OÖ

Ines Vukajlović, die Grüne Sozial- und Integrationssprecherin in Oberösterreich und Landtagsabgeordnete stellt sich am Grünen Bundeskongress zur Wahl der EU-Liste ab Platz 3 der Wahl. Die Abstimmung fand erst nach Drucklegung dieser Ausgabe statt.

IMPRESSUM

oö.planet 02/2024 Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M

MedieninhaberInnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17 **HerausgeberInnen:** Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag.

Die Redaktion: Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger **MitarbeiterInnen und AutorInnen:** Mag. Herbert Voraberger, Severin Mayr, Dr. René Freund, Renate Dobler, Benjamin Wimmer

Korrektorat: Mag. Barbara Vanek

Fotos: www.bilderbox.com, Shutterstock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner, Ron Sandmayr, Renate Leitinger

Gestaltung: agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner

Produktion: Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner

Adressenverwaltung: Tel.: 0732/73 94 00 Richard Steinmetz; service.ooe@gruene.at

Druck: Wimmer Medien Druck, Linz

Verbreitete Auflage: 21.000 Stück; Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Ende Mai 2024

KOMMENTAR

■ **SEVERIN MAYR**
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
**SEVERIN.MAYR@
GRUENE.AT**

**DAS CASTELL
DER RECHTS-
EXTREMISTEN**

Das Rechtsextremisten-Treffen im deutschen Potsdam hat die Gesellschaft aufgerüttelt. „Remigrationspläne“, also im Grund die Deportation von tausenden Menschen, hat dort der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner vorgestellt. Seines Zeichens früherer Chef der Identitären, womit wir beim Kern der Sache wären.

Oberösterreich ist längst Drehscheibe rechtsextremer Machenschaften, nicht ohne Grund haben sich diese Identitären hier fest verankert, in einem Haus in Steyregg, Castell Aurora genannt. Mitfinanziert durch ausländische Gönner und international bestens vernetzt, wird dort an einem bedrohlichen Projekt abseits unserer demokratischen liberalen Werte gebaut und die oberösterreichische FPÖ-Jugend baut kräftig mit. Denn durch die Tür dieses Identitären-Zentrums geht auch deren Nummer 1.

„Die Verbrüderung von Identitären und FPÖ-Jugend hat längst stattgefunden.“

Die Verbrüderung von Identitären und FPÖ-Jugend hat längst stattgefunden. Das mit NS-Anmutungen bestückte und von der Staatsanwaltschaft untersuchte Video der FPÖ-Jugend zeigt dies. Ebenso das Posting ihres oberösterreichischen Vorsitzenden mit euphorischer Unterstützung der Deportationspläne und seine Auftritte bei Identitären-Demos. Gleichzeitig Mitglied bei FPÖ und Identitären zu sein, geht nicht, verlautet es von blauer Landesseite.

Es ist eine untaugliche Grenzziehung. Entscheidend ist das Vertreten und Propagieren Identitärer Positionen. Einerlei ob formelles Mitglied oder nicht. An der schwammigen Haltung der Landes-FPÖ zu den Identitären wird sich nichts ändern.

Es läge am Koalitionspartner und allen voran LH Stelzer, mit dem blauen Geigenüber Klartext zu reden, aber auch das Identitären-Problem zur Chefsache zu erklären und dem Kampf gegen den Rechtsextremismus Durchsetzungskraft zu verleihen. Es geht um unsere Grundwerte und den Ruf Oberösterreichs.



Seit fast 15 Jahren verfällt die ehemalige Landwirtschaftsschule Weyregg. Nun soll dort eine private Pflegeschule entstehen oder doch was anderes?

**BLENDEND VERKAUFT ODER
DOCH VERSCHERBELT?**

Das Land Oberösterreich veräußerte die frühere Landwirtschaftsschule in Weyregg an private Investoren zu unklaren Bedingungen. Nun soll dort eine private Pflegeeinrichtung entstehen.

■ MARKUS ECKER

Ein Kaufvertrag ist kein post-it. Wer kauft oder verkauft, achtet im Allgemeinen, dass da alles drinstehrt, was wichtig ist. Nicht Daumen mal pi, sondern exakt auf Punkt und Beistrich, damit's keine offenen Fragen, keinen Disput und keinen Schaden gibt. Gilt für alle größeren und kleineren privaten Geschäfte und selbstverständlich auch für jene der öffentlichen Hand. Wenn also das Land OÖ ein 15.000m² Grundstück am Attersee verkauft, sollte alles geklärt, geregelt und das beste Ergebnis für das Land erzielt worden sein, „geht es doch um Geld der SteuerzahlerInnen, mit dem

besonders sorgsam umzugehen ist“ wie der Grüne Klubobmann Severin Mayr anmerkt. Aber so klar ist das nicht.

Private Investorengruppe

Der geplante Verkauf der früheren Landwirtschaftsschule in Weyregg sorgt seit Jahren für Debatten. Ein erster Anlauf war an Unwägbarkeiten gescheitert. Nun wurde das Areal an eine private Investorengruppe verkauft. Urplötzlich, ohne Vorinfos, auch nicht an die Gemeinde. Eine Pflegeschule soll dort entstehen, auch von Wohnungen ist dezidiert die Rede, und Schwarz-Blau spricht von einem tollen Geschäft. Aber: „Dass man das Grundstück verkauft hat, ohne zu wissen, was es in Zukunft wert sein wird, scheint nicht zu stören“, hakt Mayr ein. Denn kommt es zu einer entsprechenden Widmung, auch für Wohnungen, wäre der Marktwert ein Vielfaches des Vereinbarten. „Aber im Vertrag fehlt offenbar eine solche Anpassung.

Auch eine konkrete Nutzung wurde offenbar vertraglich nicht abgesichert. Es ist nicht einmal garantiert, dass dort eine Bildungseinrichtung stehen wird“, sieht Mayr zu viele Fragezeichen für ein angeblich gutes Geschäft.

„Es ist nicht einmal garantiert, dass dort eine Bildungseinrichtung stehen wird.“

Bei solch eklatanten, offenen Fragen könnte man klärende Antworten erwarten. Nicht von Schwarz-Blau. Eine schriftliche Anfrage der Grünen war ebenso wenig erhellend wie ein dringlicher Antrag im jüngsten Landtag. Eine genaue Durchsicht der Verkaufs- und Vertragsunterlagen inklusive der Schätzgutachten könnte das Rätsel rasch lösen. Aber auch diese Offenlegung verweigert die Koalition. Für Mayr doch sehr ominös. „Was ist dort außer den bekannten Mängeln

noch zu lesen, was der Mär von einem guten Geschäft für das Land widerspricht? War es ein Verkauf oder doch mehr ein Verscherbeln?“

Es ist nicht der erste Immodeal des Landes, der von Ungereimtheiten und Geheimniskrämerei begleitet wird. Und das ist irritierend, geht es bei diesen Geschäften doch um Steuergeld. Wirtschaftlichkeit und völlige Transparenz müssen daher garantiert sein. „Stellt Schwarz-Blau das nicht sicher, werden wir Grünen uns darum kümmern, auch in diesem Fall“, ist für Mayr die Akte Weyregg definitiv noch nicht geschlossen.

Nebenbei: Bei aller Kritik an Prozedere und Intransparenz: Pflegeeinrichtungen zu schaffen, ist selbstverständlich gut und grundsätzlich zu unterstützen. Aber warum nur überlässt man das privaten Investoren und macht es als Land OÖ nicht selbst. Auch das wäre eine Antwort wert.

WENIGER SOZIALHILFE IST WAHRLICH KEIN ERFOLG

Wegen restriktiver Sanktionen ging die Anzahl der SozialhilfebezieherInnen in Oberösterreich zurück.

■ MARKUS ECKER

Erfolg ist mitunter reine Ansichtssache. Als Erfolg wertet etwa Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer, dass die Sozialhilfe in Oberösterreich und die Zahl der BezieherInnen deutlich gesunken ist. Dies deshalb, weil die Verankerung am Arbeitsmarkt und Deutschkurs-Pflicht gefruchtet hätten. Die vorgelegten Daten – übri-

gens auf Basis einer Anfrage an Landesrat Hattmannsdorfer – lassen für die Grüne Sozialsprecherin Ines Vukajlović aber einen anderen Schluss zu. „Die Sozialhilfe ist vor allem deshalb signifikant gesunken, weil die Hürden massiv erhöht wurden“. Die Konsequenz:

Die bewilligten Sozialhilfe-Anträge sind weiter von 6.058 auf 5.209 gesunken, die Kürzungen haben sich auf 1.005 verdoppelt. Die Gründe für die Inanspruchnahme sind in allen Bereichen gesunken, die Kürzungsgründe gestiegen. „Die Armut wird nicht weniger, sondern mehr; gleichzeitig werden Menschen aus dem System

verdrängt“ meint Vukajlović. „Die Betroffenen scheitern an den Hürden und fallen aus der letzten Existenzsicherung raus. Ich sehe keinen Erfolg, sondern nur viele Leidtragende.“

„Working Poor“

Der besonders starke Rückgang bei arbeitsfähigen Sozialhilfe-BezieherInnen führt zum nächsten Trugschluss. Bei diesen Betroffenen hat die Arbeitsvermittlung funktioniert. Aber: erstens sind 66% der Menschen mit Sozialhilfe gar nicht arbeitsfähig. Zweitens sind über 60% der SozialhilfebezieherInnen in OÖ sogenannte „Working

Poor“. „Sie kommen mit dem Verdienst kaum aus und leben trotz Job an oder unter der Armutsgrenze.“

Schließlich sind Kinder die Hauptleidtragenden dieser kalten Sozialpolitik. Viele in der Sozialhilfe sind Kinder, die man mit restriktiver Sanktionspolitik, Hürden und degressiver Staffelung bei Geschwistern immer weiter in die Armut drängt. „Wir müssen die Potenziale der Kinder fördern und nicht vom Einkommen abhängig machen. Jedes Kind ist gleich viel wert und soll dieselben Zukunftschancen erhalten“, fordert Vukajlović weiterhin.

WARUM MITTEN IM NATURJUWEL EIN ROHBAUSTEHT

An einem der schönsten Plätze Österreichs – nahe dem Schiederweiher in Hinterstoder – soll ein Luxuscampingplatz mit Chalets entstehen. Der Verfassungsgerichtshof hat einen vorübergehenden Baustopp verfügt.

■ MARKUS ECKER

Unmöglich, nicht begeistert zu sein. Bezaubert, erstaunt blickend, genießend verweilend. Immer wieder aufs Neue. Geheimtipp ist der Schiederweiher im Hinterstoder schon längst nicht mehr. Spätestens seit er zum schönsten Platz Österreichs erkoren wurde. Trotz Terabyte an Selfies ist das Gebiet noch immer glänzende, weil umhegte Perle einer intakten Natur.

Wie also passen 109 Zelt- und Stellplätze, zehn Hotel-Suiten und zwei Chalets in dieses Bild. Kurzum jener Luxus-Campingplatz, der dort im Entstehen ist und seit Jahren für Kontroversen, Widerstände von BürgerInneninitiativen sorgt und jetzt Gerichte und natürlich neuerlich die Politik beschäftigt.

Halten wir grundsätzlich fest, dass ein Luxus-Ressort mit nachhaltigem, natur-verträglichem Tourismus wenig bis nichts zu tun hat. Aber die Kritik ist um eine heftige Facette

reicher. Denn „zentrale gesetzliche Erfordernisse für das Projekt haben sich als mangelhaft herausgestellt. Es geht um die Widmung, das Vorgehen der Gemeinde und die Rolle des Landes“, bringt es der Grüne Raumordnungssprecher Rudi Hemetsberger auf den Punkt.

Erkannt hat dies der Verfassungsgerichtshof und Teile des örtlichen Entwicklungskonzepts, der Flächenwidmung sowie den Baubauungsplan aufgehoben. Die Entscheidungen des Gemeinderats waren ohne ausreichende Grundlagenforschung und Interessenabwägung erfolgt, so die Begründung. „Die Gemeinde hat also gewidmet, obwohl wesentliche Unterlagen nicht vorlagen, ja teils nicht einmal eingeholt waren. Darüber hinaus hat sich die Gemeinde nicht, bzw. zu wenig mit den kritischen Aspekten der Widmung auseinandergesetzt“, fasst Hemetsberger zusammen. Und das kuriose daran: Das

Land selbst hat diese Unterlagen eingefordert. Und obwohl diese nicht vorgelegen sind, hat das Land die Widmung dennoch bestätigt.

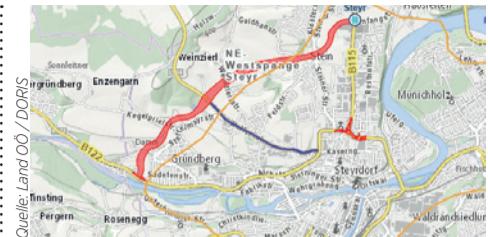
Warum, wollten die Grünen im Landtag von Landesrat Markus Achleitner wissen. Wieso hat das Land dennoch zugestimmt? Reagiert hat der Landesrat mit Ausweichmanövern, mit dem Versuch, die Versäumnisse der Flächenwidmung herunterspielen. „Er hat die Problematik und auch die Tragweite der Entscheidung offenbar nicht erkannt. Das war weder eine Lappalie noch ein

Protokollierungsfehler“, meint Hemetsberger. „Es gibt ganz klare Vorgaben und Abfolgen für eine Widmung. Sie sind einzuhalten. Sie gerade bei einem für die Natur so sensiblen Projekt nicht einzuhalten, ist ein Versäumnis der Extraklasse“.

Fazit: In einer der schönsten Landschaften Oberösterreichs steht nun ein Rohbau mit ungewisser Zukunft. Denn wie es weitergeht, ist vollkommen offen und hängt von weiteren Entscheidungen des Landesverwaltungsgericht Oberösterreich und der Gemeinde Hinterstoder ab.



Foto: Bilderdienst



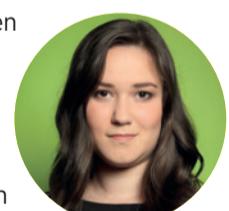
STEYRER WESTSPANGE IST KEINE LÖSUNG

Mehr als kritisch sieht die Grüne Mobilitäts-sprecherin **Dagmar Engl** die Einigung zum Bau der Steyrer Westspange. Das Umfahrungsprojekt sorgt seit Jahren für Debatten und Widerstand der betroffenen AnrainerInnen. Eine aktuelle Verkehrserhebung sieht eine Entlastung für das Stadtzentrum, nun soll die Westspange gebaut werden. „Aber man verlagert die Belastung und damit einen Teil der Emissionen ganz einfach in ein anderes Gebiet, holt neuen Verkehr und neue Schadstoffe dorthin und belastet dort Umwelt und Menschen“, sieht Engl hier keinen positiven Effekt und hat volles Verständnis für die besorgten AnrainerInnen. „In der Innenstadt die Lebensqualität erhöhen zu wollen und sie für tausende BürgerInnen an der neuen Trasse zu verringern, ist doch keine Lösung. Wieder einmal wird Klimaschutz den Wirtschaftsinteressen untergeordnet, Unmengen an Boden verbraucht und altes Denken in die Landschaft gesetzt“.



UNERWÜNSCHTER DÖW-EXPERTE

Auch im Kampf gegen den Rechtsextremismus knickt die ÖVP offenbar vor dem Koalitionspartner ein. Obwohl von allen Fraktionen vereinbart, hat sich die FPÖ mit entsprechendem Druck gegen einen Experten des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands quergelegt. Dieser sollte im Unterausschuss gehört werden, der sich mit dem von den Grünen geforderten Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus befasst. „Seltsam und vielsagend“ ist dieses Vorgehen für die Grüne Rechtsextremismus-Sprecherin **Anne-Sophie Bauer**. „Das DÖW ist eine Stiftung der Republik und seine Expertise zweifelsfrei. Auf Bundesebene wurde das DÖW beauftragt, den nationalen Rechtsextremismusbericht zu verfassen. Dass die FPÖ von mangelnder Objektivität spricht, ist daher abenteuerlich. Es zeigt, dass man an einer umfassenden Debatte über den Rechtsextremismus in OÖ nicht wirklich interessiert ist. Und ob die ÖVP im Rechtsextremismus klare Kante zeigt, ist offensichtlich abhängig vom Koalitionspartner, betont Bauer.“



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

20. FEBRUAR 2024



I s des schen. I schau in die Sonn, hör die die Vogel jetzt wieder ohne Online-Konkurrenz zwitschern, sehs fliagn und wies mir aufs Glander machen. Spür wie die Wärme, die Pollen und riach die ersten verbrennten Kottelets vom Nachbarn. Jetzt wird's Frühling, Grad war i noch grantig wie a Signa-Investor. Und verkühlt war i a. Des Märzelkäubel hat mi erwischt, sagt der Volksmund. Warum a Jungrind schuld an mein Schnupfen sein soll, versteh i aber net ganz. Wurscht. Wo war i? Ja beim Frühling. Hast du gewusst, dass zum Frühling in England ein Riesenkas an Berg ova rollen lassen. In Spanien beschmeißt se a ganze Stadt mit Tomaten und in Japan gibt's a Penisfestival. Is net nu a bissl frisch für des und darf man des überhaupt

da schreiben? Aber samma net gschamig, die schwarz-rot-blauen Politik ist a net. Ich weiß, über de sollt ich langsam schreiben. Aber des zaht mi gar net. Dass ma a Wahljahr ham, und einige schon jetzt ziemlich im Saft stehen, weiß schon jeder Jungtrieb. Was soll i sagen zum Balztanz um den Kanzlerglanz, 1. Über Österreich-Pläne fürn ersten Kompost, mit Gram, Groll und Geifer servierten Gerstensaft. Na, hab ich kan Frühjahrsbock drauf.

Außerdem, mit der FPÖ nur ohne Kickl, ist der allerbeste schwarze Schmäh seit der Erfindung der Wuchtel. Die SPÖ könnte kurz innehalten und se fragen, warum genau ma eigentlich die Pam austauscht hat. Und zur FPÖ fallt man net ansatzweise a sinnstiftende

Frage ein, die net scho unbeantwortet ist, außer vielleicht, wann bei ana blauen Regierungsbeteiligung statistisch gesehenen die nächste Halbierung fällig ist.

Was tut sich denn im schwarz blauen Österreich zur neuen Jahreszeit? Dem Land in dem des Mögliche unmöglich bleibt. Klimaschutz, Bodenschutz, Windradln, Zuwendung von Fachkräften - alles lästig wie die ersten Gössn. Dafür wollns a Bezahlkarten für Asylwerber:innen, damits des Bargeld nimma verschicken können. Yes, endlich passiert was gegen Schwarzgeldkonten, undurchsichtige Finanzströme und Steueroasen - oder hab ich da was falsch verstanden?. Aber statt der Karten warat vielleicht a rote Karten für die rechtsextremen Identitären oh-

nehin wichtiger, die sichs mitten in Oberösterreich in Steyregg gmiatlich eingricht haben und bei denen der Landeschef der jungen Blauen gern auf a Remigrations-Plauschal vorbeischaut. Aber kane voreiligen Schlüsse, zwischen Blau und Identitäre passt immer noch a Blattl, des Mitgliedsformular. Weil da und dort kann man net dabei sein. Hassts. Und a gelbe Karten hat der Zweite SP Landtagspräsident von seiner Partei kriagt, weil er als Partei in an Lokal voller Burschenschaften aufgelegt hat. Ob „Sweet Transvestite“ oder „Black Magic Woman“ a grenzt ist, ist net bekannt. Aber eher unwahrscheinlich.

In diesem Sinn, let the music flow, the sunshine in und the cheese roll...

■ MARKUS ECKER

„Demokratie verteidigen“

Eine breite Protestbewegung gegen rechts ist in den letzten Wochen in Deutschland und in Österreich entstanden.

MARCO VANEK

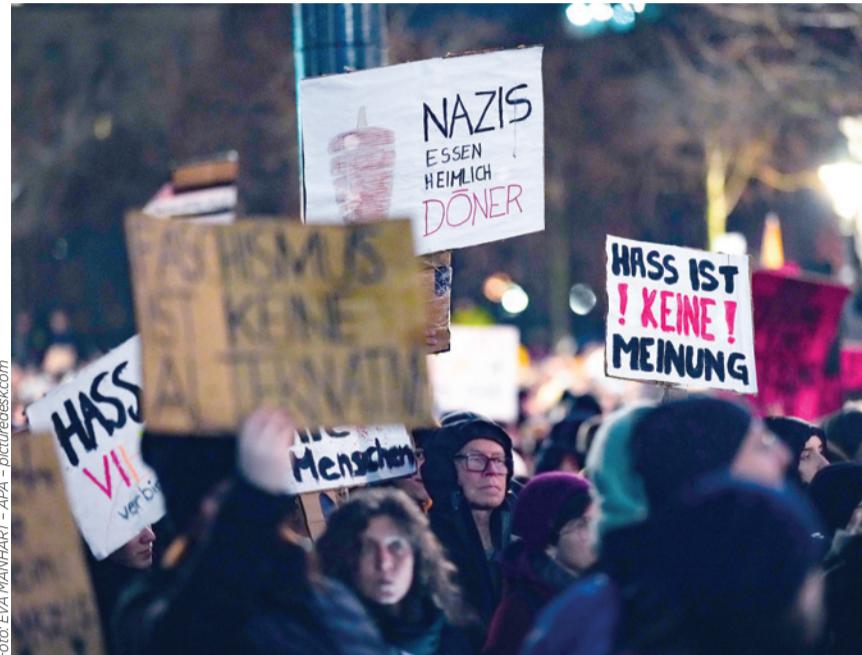


Foto: EVAN MANHART - APA - picturedesk.com

Auslöser für die Initiative „Demokratie verteidigen!“ waren Enthüllungen des Recherchezentrums „Correctiv“ über ein Treffen von RechtsextremistInnen am 25. November in Deutschland, an dem unter anderem AfD-PolitikerInnen sowie der frühere Kopf der rechtsextremen Identitären Bewegung in Österreich, Martin Sellner, teilgenommen hatten. Dabei wurde laut dem Bericht über Massendeportationen von Millionen Menschen gesprochen.

In den darauffolgenden Wochen kam es bereits in Deutschland zu großen Demonstrationen gegen rechts, an denen weit über eine Million Menschen teilnahmen. In München musste der Demonstrationszug abgebrochen werden, weil zu viele Menschen gekommen waren.

Proteste weiten sich auf Österreich aus

Ende Jänner gab es in Wien eine große Demonstration mit über 80.000 TeilnehmerInnen und mehrere kleinere in anderen Städten wie Innsbruck und Salzburg.

Für den 25. Februar rief nun Fridays For Future und andere zivilgesellschaftliche Organisationen zu weiteren Kundgebungen und einem „dezentralen Lichtermeer“ gegen rechts auf.

Die Aktionen finden dezentral an verschiedenen Standorten in ganz Österreich statt, darunter Bezirks- und Gemeindeämtern, Rathäusern und Wahrzeichen. Die Bewegung Fridays for Future ruft erneut

unter dem Motto „Demokratie verteidigen!“ dazu auf.

Fridays for Future rechnet – wie bei der Aktion im Jänner – mit ähnlichen UnterstützerInnen. Die Kundgebungen waren von Black Voices und der Plattform für eine menschliche Asylpolitik mitorganisiert worden. SPÖ, Grüne sowie zahlreiche andere Organisationen – darunter die Caritas, die Katholische Aktion Österreich, der ÖGB und die Arbeiterkammer (AK) – hatten sich dem Aufruf angeschlossen.

Klimaprotestbewegung gegen Fremdenfeindlichkeit

Die Lichteraktion am 25. Februar richtet sich gegen Extremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit. „Es sind Rechtsextreme, die sich mit allen Mitteln gegen Klimaschutz stellen, die Klimawissenschaft leugnen und offensichtlich keinen Plan für die Lösung der Klimakrise haben. Wir müssen die beiden Krisen zusammen denken“, so Laila Kriechbaum von Fridays For Future Austria. „Wir bitten daher alle demokratischen Parteien dieses Landes eindringlichst, eine klare rote Linie zu ziehen und die längst überfällige Brandmauer in Österreich zu errichten“, ergänzte ihre Kollegin Klara König.

Weitere Infos:

Fridays for Future:

→ fridaysforfuture.at

Demokratie verteidigen:

→ demokratie-verteidigen.at

P.S.: Für 6. April wird in Steyr eine große und überparteiliche Kundgebung gegen rechts vorbereitet.



NACKTES ENTSETZEN



Im Salzkammergut, da kann man gut – erregt sein. Recht so!

TEXT RENÉ FREUND

Ich dachte lange, es wäre gar nicht mehr möglich, zu provozieren. Was haben wir nicht alles gesehen im Kunstbereich in den vergangenen Jahrzehnten? Kopulationen auf offener Bühne, Shakespeares Könige als SS-Männer, Stücke ohne Worte, ohne Bühnenbild, ohne Handlung, die Verschüttung von Blut, Schleim und anderen Körperflüssigkeiten, Beschimpfungen des Publikums, und vor allem Nackte, Legionen von nackten Körpern in Werken von Aristophanes bis Zeemann.

Im Salzkammergut stellte man allerdings anlässlich der Eröffnung der „Europäischen Kulturhauptstadt 2024“ eindrucksvoll unter Beweis, dass es „Provinz“ und provinzielles Denken immer noch gibt. So löste etwa der „Pudertanz“ in der Choreografie von Doris Uhlich nacktes Entsetzen aus. Die Volksseele kochte. Auch Kinder wären gezwungen gewesen, die nackten Menschen auf der Bühne anzusehen! Abartig! Skandal! Dass dieselben Kinder nur einmal über ihr Handy wischen müssen, um tatsächlich obsszöne Darstellungen von Sexualität und Gewalt zu sehen, wurde nicht erwähnt. Möglicherweise war es aber gar nicht der nackte Körper an sich, der so sehr verstörte, sondern die Tatsache, dass dieser nicht nach den Regeln der neoliberalen Selbstperfektionierung ästhetisiert war. Ja, es gab auch nackte Menschen im Rollstuhl zu sehen, außerdem Bäuche, Falten, Cellulitis und andere „Mängel“, die nicht werbekompatibel im Photoshop weggemacht wurden.

Ähnlich die Erregung über Gottfried Helnwein, der das „altehrwürdige“ Gmundner Rathaus mit großformatigen Bildern verhängte. Liebe, Unschuld, aber auch Gewalt und Krieg sind darauf zu sehen. Obsszön, lesbisch und pädophil wären diese „Fotos“ – bei denen es sich um gemalte Bilder handelt. Mit dem Werk von Gottfried Helnwein hatte sich offensichtlich noch nie jemand beschäftigt. Wir in Gmunden haben doch unsere Schwäne und die Keramik und das Schloss Orth, wir wollen solche Grauslichkeiten nicht sehen! Wir haben zwar im letzten Krieg alle politisch Andersdenkenden und alle Juden aus der Stadt vertrieben und umgebracht, aber jetzt soll ja keiner kommen und uns daran erinnern, dass es immer noch Hass und Gewalt gibt, in der Welt draußen – und vielleicht auch in uns selbst?

Ich weiß schon, es ist vielleicht ein bisschen früh, jetzt schon Bilanz zu ziehen: Aber man kann sagen, dem Projekt „Europäische Kulturhauptstadt Bad Ischl-Salzkammergut“ ist schon etwas Entscheidendes gelungen – nämlich aufzuregen.

René Freund lebt als Autor am Rande des Salzkammerguts.

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative

Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at
FB facebook.com/grueneoee

REDAKTION

öö.planet – Grüne Zeitung für OÖ

Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vaneck@gruene.at
Tel. 0732/73 94 00
Adressverwaltung: Richard Steinmetz
Mail service.ooe@gruene.at